

Schon ehe diese allgemeine Aufgabe gestellt war. Wuhan kämpft gegen Kanting und Pekung. Gleichzeitig kämpfen Wuhan wie Kanting gegen Pekung. Diese formale Gemeinschaft der Ziele, die nach der Spaltung entstand, beeinflusst einzelne Kommando-Generäle und kann im geeigneten Moment zum Vorwärt und zur Begründung eines Blodes mit Tchangtsaihsch zum neuen Verrat der Revolution ausgenützt werden.

Die Möglichkeit und Gefahr neuer Verrätereien vergrößert sich infolge der spezifischen Formen des chinesischen Kampfes. Wir haben schon mehr als einmal gesagt und geschrieben, daß die Eigenart der chinesischen Revolution darin besteht, daß jede der beteiligten Klassengruppen ihren eigenen Staatsapparat, ihre eigene Armee und Regierung hat. Diese Eigenart ist eine historische Tatsache. Sie hat ihre großen Vorteile und ihre großen Nachteile. Der Hauptnachteil besteht darin, daß der alte Administrationsapparat und Kriegsapparat von der Revolution am Anfang nicht zerstört, sondern als revolutionärer Apparat wieder aufgebaut wurde. Das alte Beamtentum, das alte Offizierskorps, das alte noch fest an ihren Plätzen und stellen unter den Wuhan-Truppen eine große Kraft dar. Sogar auf dem Territorium von Wuhan können sie als eine konterrevolutionäre Kraft auftreten. Der Aufstand von Tchangtsaihsch ist der beste und klarste Beweis dafür.

Der offenen und konsequenten Konterrevolution Tchangtsaihschels muß eine nicht weniger entschlossene und konsequente revolutionäre Politik der Kuomintang entgegengesetzt werden. Für oder gegen die Agrarrevolution? Für oder gegen die Bauernbewegung? Für oder gegen die Arbeiterorganisationen? Alle diese Fragen behalten im gegenwärtigen Moment der Entwicklung keine Gültigkeit, kein Schwanken in der Entscheidung.

Die Entfaltung der Agrarrevolution, die Entfaltung und Organisation der Massenbewegung der Arbeiter und Bauern, sind der einzige Weg zum Sieg. Die Betonung der ausschlaggebenden Bedeutung der Agrarfrage bedeutet natürlich keinesfalls die Aufgabe der Kriegsaufgaben, die vor Wuhan stehen. Aber die Gegenüberstellung der militärischen und politischen Aufgaben der Kuomintang ist nicht nur grundsätzlich, sondern sie treibt das Wasser auf die Mühle der Konterrevolution. Wenn es heißt: „erst Ausdehnung der Revolution, nachher ihre Vertiefung“, so führt dies objektiv nicht nur zu einer Isolierung der Kuomintang von den Arbeiter- und Bauernmassen, sondern auch die Ideologie jener schwankenden Elemente, die in Tchangtsaihsch immer noch den Verbündeten im Kampfe gegen Tchangtsaihsch sehen wollen. Aber auch umgekehrt, wenn man die politischen Aufgaben der Kuomintang hervorhebt, indem man sie von den militärischen trennt, so wird dadurch nicht nur eine verhängnisvolle, auf die Niederlage hinweisende Linie der Revolution eingeschlagen, sondern auch Material für die Agitation Tchangtsaihschels geliefert; man hilft ihm damit, sich als einziges Zentrum des Kampfes gegen die nördlichen Militäristen hinzustellen.

Die politischen und militärischen Aufgaben der chinesischen Revolution können nicht voneinander getrennt betrachtet werden. Ohne sich auf die Massen zu stützen, ohne die Massen zu organisieren, sie zu bewaffnen, kann die Kuomintang nicht als Siegerin aus dem Kampfe gegen die Imperialisten, die nördlichen Militäristen und Tchangtsaihsch hervorgehen. Das Richtverstehen dieser Tatsache durch verschiedene Kleinbürgerliche Elemente der Kuomintang-Leitung, die für kleinbürgerliche Führer charakteristische Angst vor den Massen, muß gebrochen werden. Die historische Bedeutung des chinesischen Proletariats und seiner kommunistischen Partei besteht im gegenwärtigen Moment darin, daß der Druck der Massen, der Druck der unteren Schichten ausgenützt und organisiert wird, daß der Zirkel der Kuomintang in eine entscheidende revolutionäre Linie umgewandelt wird.

Die Entfaltung der Agrarrevolution hat eine Situation geschaffen, in der nur das Proletariat die Hegemonie der nationalen demokratischen bürgerlich-demokratischen Revolution ergreifen kann. Das Proletariat und seine Partei wird sich die Hegemonie erkämpfen, indem es sich vor allem auf die Massen stützt, diese zum Kampf organisiert.

Vormarsch der Güttruppen

London, 28. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Chinesische National-Agentur meldet, daß die Truppen der Nationalen die Stadt Wuhang besetzt haben. Jangtsien und seine Truppen wurden von einer Panik ergriffen und flohen zurück. Das Gebiet Nanjang und Schangong (nordwestlich von Hankau) wurde unter dem Kommando Sunlinsens erfolgreich von den Ueberresten der Wupeifu-Truppen gesäubert. Zwischen Hankau und Tchangtsaihsch ist die direkte Eisenbahn wiederhergestellt.

Feng übt Verrat

London, 28. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Daily Herald teilt mit, daß Fenguhschiang die Gewerkschaften in Tchangtsaihsch aufgelöst und nach seiner Konferenz mit Tchangtsaihsch die Verbindung mit der nationalrevolutionären Regierung in Wuhan (Hankau) abgebrochen hat.

Die Glaubwürdigkeit dieser Mitteilung wird verstärkt durch Berichte des Manchester Guardian, der den Vorgang der Verhandlungen zwischen Fenguhschiang und Tchangtsaihsch schildert. Nach dieser Quelle hat Fenguhschiang nach der Konferenz mit Tchangtsaihsch an die Hankauer revolutionäre Regierung am 21. Juni ein ultimatives Telegramm gerichtet, in dem er nach Ausfällen gegen Arbeiter, Bauern und Radikale die sofortige Entlassung Borobins und die Ausweisung der linken Mitglieder der Wuhanregierung u. a. auch des Außenministers fordert. Tchangtsaihsch erklärte sich mit dem Ergebnis seiner Verhandlungen mit Fenguhschiang sehr zufrieden. Beide veröffentlichten ein gemeinsames Manifest, in dem die Bekämpfung der Kommunisten gefordert wird.

Die Hankauer Regierung wird voraussichtlich Fenguhschiangs Forderungen ablehnen. Die Verhandlungen Fenguhschiangs mit Tchangtsaihsch werden nunmehr auch von der Chinesischen National-Agentur bestätigt.

Obige Meldung bestätigt die in dem Leitartikel der Pravda enthaltene Darstellung. Die Ursachen und der Ausweg aus dieser Entwicklung sind durch den Artikel klargestellt. Die chinesische Revolution wird noch diese Irrwege gehen. Grund zur Verzweiflung oder zur Panik haben nur reitungslose Idealisten, die Marxisten, auch dort in China treibt langsam aber sicher die Entwicklung zum Siege der Revolution.

Zur Verteidigung der UGGW

Moskau, 26. Juni. (Telegr.-Agent. der Sowjetunion.)

Das Präsidium des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion spendete 75 000 Rubel im Namen des Zentralrates für den Bau von Flugzeugen. Außerdem hat das Präsidium 30 000 Rubel zum Einkauf von Kleinflugzeugen für die Schiffsportverbände spendet. Gleichzeitig richtete der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion an alle Gewerkschaftsorganisationen einen Antrag, an der von dem Union-Komitee veranstalteten Woche zur Verteidigung der Sowjetunion, die vom 10. bis 17. Juli abrannt, energisch teilzunehmen.

Der Bergarbeiterverband der Sowjetunion spendete 10 000 Rubel zur Schaffung eines Flugzeugschwaders, genannt „Sowjetbergarbeiter“, und forderte alle Gewerkschaftsmitglieder auf, freiwillige Beiträge für den Schwaderfonds abzugeben.

Der Landtag und die Notlage der Beamten

Am Montag nachmittag tagte der Ausschuß für Besoldungs- und Beamtenfragen. Die Hauptgegenstandspunkte waren die dem Ausschuß übermittelten Anträge, die eine Minderung der großen Notlage der unteren und mittleren Beamtenschaft forderten. Die Parteien des Bürgerblocks verständeten sich wiederum glänzend, die Beamtenschaft an der Nase herumzuführen und ihre eigenen Anträge zu misstreditieren. Am 6. April wurde von diesen Parteien ein Antrag eingebracht und auch angenommen, der von der Regierung forderte, eine Vorlage über eine Zwischenregelung in dem Falle vorzulegen, wenn die Reichsregierung vor den Sommerferien eine Neuregelung der Beamtensbesoldung ablehnt. Der Vertreter der Regierung gab nun gestern dem Ausschuß die Stellung der Regierung bekannt. Die Verhandlungen seien im Ausschuß des Reichstages noch nicht abgeschlossen, am Freitag würde der Ausschuß zum dritten Male zur Beamtensbesoldungs-Stellung nehmen. Es sei ausgeschlossen, vor diesem Termin und dem Ergebnis des Reichstagsauschusses, den Beschluß des Landtages vom 6. April durchzuführen. Man hoffe, daß noch eine Reichsregelung vor den Sommerferien stattfinden würde. Alle Erklärungen und alle Verhandlungen bedeuten nichts anderes, als die Forderungen der Beamten auf eine geistliche Art und Weise abzuweichen. Einwandfrei sind die Erklärungen der Reichsregierung, vor dem 1. Oktober keine Zulagen zu geben. Was jetzt noch geschieht, erfolgt von den Bürgerblockparteien um Zeit zu gewinnen. Gehen die Parlamentarier in die Ferien, dann glaubt man Ruhe zu haben, die wenigen Tage bis dahin wird man mit parlamentarischen Kunststücken auszufüllen versuchen und sich hinter formellen Dingen verschließen. Die Kommunisten stellen dies im Ausschuß mit aller Klarheit fest. Sie verlangen sofortige Hilfe durch eine Zwischenregelung, unbeschadet dessen, was im Reichstag vor sich geht, das sei ja doch nur Bluff. Dem Landtag ist ein Antrag der kommunistischen Fraktion zugegangen, der sofort eine Zwischenregelung dergestalt verlangt, daß den Beamten ein Kopfschlag ab 1. Juli gezahlt wird.

Der Gruppe 1 bis 4 40 Mark.

Der Gruppe 5 35 Mark.

Der Gruppe 6 30 Mark.

Der Gruppe 7 25 Mark.

Die Sozialdemokraten verlangten ebenfalls die sofortige Zwischenregelung jedoch unter der Bedingung, daß den Beamten eine Fortzahlung auf die kommende Besoldungsanordnung gewährt wird. Die Kommunisten beantragten bereits bei der Beratung ihres Antrages am 25. Juni im Landtag, daß diese Art Fortzahlung abgelehnt werden muß. Im Herbst wird die Not der Beamten noch mehr geltegen sein, und die dann einziehenden Absätze von den eventuell gewährten Erhöhungen, über deren Höhe man sich überhaupt nicht äußern soll, werden sich bitter rächen. Nach langem Hin und Her wurde der Minderheitsantrag, sofort eine Vorlage über eine Zwischenregelung gemäß dem Landtagsbeschluß vom 6. April vorzulegen, von den Bürgerblockparteien abgelehnt.

Ein Antrag des Bürgerblocks, das Ergebnis des Reichstages abzuwarten, wurde gegen Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen.

Bei alledem war recht interessant eine Ausföhrung des Regierungsvizeleiters. Die Regierung warne dringend, jetzt herauszuliegen aus dem Rahmen der Reichsregelung, der Druck Sachens auf die Reichsregierung sei stark, mit einer Zwischenregelung müßte auch sofort der Druck nachlassen, und eine Geföhrdung der Besoldungsregelung im Reichsmagazin nach sich ziehen. Der Hinweis aber, daß der Druck der Beamtenschaft nicht mit dem Druck Sachens auf die Reichsregierung verglichen werden könne, sondern Angelegenheit der Beamtenschaft sei, zeigt den Beamten den Weg.

Heute abend werden die Dresdner Beamten demonstrieren, gewaltig muß diese Kundgebung den Regierungsparteien in die

Ohren gellen. Wir Kommunisten jagten aber der Beamtenschaft aufs neue, daß sie Schulter an Schulter mit der Arbeiterchaft kämpfen, daß sie politisch die Konsequenzen ziehen muß. Die Beamtensfreundlichkeit der Bürgerblockparteien ist ein unehrliches Spiel, die Zukunft wird das noch mehr bestätigen wie bisher.

Darum muß die Beamtenschaft aus dieser Erkenntnis heraus gemeinsam mit der Arbeiterchaft kämpfen und diesen Landtag geblödelnd betätigen.

Die Beamten wollen nicht länger hungern

So wie in Berlin, in Hamburg und Kiel treten die Beamten auch in den übrigen Teilen des Reiches in eine immer stärker werdende Bewegung gegen die Hungergehälter, gegen die Bürgerblockregierung, für sofortige ausreichende Besoldungserhöhung.

So marschierten für diese Forderungen auch in Leipzig am 23. Juni auf Veranlassung des Deutschen Beamtensbundes und Allgem. Deutschen Beamtensbundes die Leipziger Beamten auf. Tausende von Beamten, darunter Justizbeamte, Eisenbahner, Postler, Lehrer, auch Polizeibeamte brachten Demonstration zum Ausdruck, daß ihre Besoldung zu Ende sei und endlich etwas gehöhnt müßte, um den bestehenden Zustand, der sie zu einem Hungerdasein verurteilt, zu beseitigen.

„Wir haben genug Ministerversprechungen! Wir verlangen endlich Brot für unsere Familien! Für einen Familienvater nach langjährigem Dienst 108,50 M. Monatslohn!“

Diese und andere Aufschriften auf den Plakaten kennzeichneten die viel zu niedrigen Bezüge der unteren und mittleren Beamten. Sie brachten zum Ausdruck, daß die Beamtenschaft das Hungerdasein nicht länger ertragen kann und auch nicht gewillt ist, sich weiter narren zu lassen, wie es die angenommene Entschöpfung auch zum Ausdruck bringt.

Wie in Leipzig äußert sich derselbe Unwille gegen die Hungerlöhne auch in Mitteldeutschland, wo auf einer Sitzung der Funktionäre der Sozialen Arbeitsgemeinschaft im DSB und des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten hierzu Stellung genommen wurde. Die Erregung der Vertrauensleute der Beamten der unteren Besoldungsgruppen ist kaum mehr zu bannen. Das zeigt deutlich folgender Schlußatz der angenommenen Entschöpfung:

„Erfolgt keine sofortige Hilfe, so werden die Beamten der unteren Besoldungsgruppen gezwungen sein, bettelnd zu gehen.“

Die Kommunisten haben bewiesen, daß sie sich der Nase der hungernden Beamten annehmen. Die kommunistische Fraktion im Reichstag war es auch, die sich dafür einsetzte, daß die Besoldungsvorlage schleunigst beraten und den hungernden Beamten unverzüglich gehöhnt wird. Die immer mehr erwachende Beamtenschaft bekundet durch ihre Demonstrationen sowie durch ihre Stellungnahme gegen die Hungerlöhne und gegen den Bürgerblock eine hilfreiche Unterstützung des Kampfes der Kommunisten um die Besserung der Lage der Beamten. Soll dieser Kampf erfolgreich durchgeführt werden, müssen sich die Beamten noch fester als bisher zusammenschließen, gewerkschaftlich organisieren und durch verstärkte Massenmobilisierung den außerparlamentarischen Kampf so steigern, daß er zum Erfolg führt.

Neuer Justizspruch gegen Streikrecht

Das Potsdamer Landgericht verbietet Unterstützung an Streikende

Das Landgericht Potsdam hat eine einstweilige Verfügung erlassen, die dem Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Brandenburg, und deren Geschäftsföhrer bei Androhung einer Geld- oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung verbietet, an die von der Justiz ab gesperrten Arbeiter Unterstützung zu zahlen.

Dieses neuerliche Urteil der Klassenjustiz überbietet alle bisherigen Vorstöße auf dem Gebiet des Streikrechtsraubes durch Willkürakte der kapitalistischen Justiz. Bisher wurden nur einstweilige Verfügungen gegen Streikende erlassen. Jetzt gehen die Klassenrichter dazu über, den Gewerkschaften die Auszahlung von Unterstützungen an Arbeiter, die von den Unternehmern ausgesperrt, also angegriffen und von ihnen an der Arbeit gehöhnt und auf die Straße gesetzt wurden, zu verbieten.

Noch toller erscheint aber das Potsdamer Klassenurteil, wenn man erföhrt, daß die Aussperrung einen glatten Tarifstreik darstellt. Die Textilmöhrerei Brandenburg hat nämlich am 11. Mai d. J. unter Mitwirkung des Schlöhrers Wiffel mit der Arbeiterchaft eine Vereinbarung getroffen, in der festgelegt wurde, daß vorübergehende Ueberstunden geleistet werden können, jedoch muß für die Ueberarbeit von der 51. bis 53. Stunde die Zustimmung des Betriebsrates erfolgen. Die Firma verlangt aber jetzt die 54-Stundenwoche. Als dies vom Betriebsrat abgelehnt wurde, legte die örtliche Schlichtungskommision mit drei gegen zwei Stimmen widerrechtlich die 54stündige Arbeitszeit fest. Darauf verweigerten die Arbeiter jede Ueberstunde und verließen seit dem 1. Juni nach acht Stunden den Betrieb. Deshalb erfolgte die Aussperrung. Angesichts dieses Sachverhaltes ist eine einstweilige Verfügung nicht nur eine ganz parteiiche Hilfestellung für den Unternehmer, sondern auch noch die ausdrückliche Unterstützung eines Vertragsbruches durch das Landgericht.

Wacht geht vor Recht. Das ist die einzige Erklärung für dieses Klassenurteil. Nach der Reichsverfassung, Artikel 159, hat jeder Deutsche das uneingeschränkte Koalitionsrecht. Die gegen kämpfende Arbeiter in letzter Zeit immer häufiger angewandten einstweiligen Verfügungen sind daher offener Verstoßungsbruch.

Hier gibt's nur eines: Der Macht des Kapitals in der Klassenjustiz muß die Macht des Proletariats, die Macht der Gewerkschaften entgegengesetzt werden. Jeder Vorstoß der Justiz muß mit einer geschlossenen Aktion, wie sofortiger Verweigerung jeglicher Ueberstunden, oder sofortiger Arbeitsunterbrechung durch alle Arbeiter des betreffenden Ortes und Bezirkes beantwortet werden. Nur durch den Einsatz der Machtmittel der Arbeiterklasse wird das Streikrecht gesöhrt.

Die Unzufriedenen

Am 15. Juni hat der Gesamtverband der sächsischen Industriellen eine Sitzung abgehalten. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Kademaher erstattete auf dieser Tagung ein Referat, in dem er zu den wichtigsten Fragen der Sozialpolitik, der Arbeitszeitsfrage, zur Arbeitslosenversicherung und zur Erhöhung der Beiträge für Invalidenversicherung Stellung nahm. Die Regelung der Arbeitszeit bezeichnete er als „bedeutendsten Kompromiß“, die rationelle Ausnützung der Betriebe sei durch das Arbeitszeitgesetz erheblich erschwert. Die ohnehin schwierigen Exportmöglichkeiten würden weiter beeinträchtigt. Der Zuschlag von 25 Prozent für Mehrarbeit sei weder wirtschaftlich noch rechtlich zu rechtfertigen.

Die Wirtschaftsberichte der letzten Zeit seien allzu rasig geföhrt worden. Die Rentabilität der Betriebe sei durch hohe Steuerlasten und soziale Belastungen und die Folgen des Dawesabkommens ernstlich gefährdet worden. Bei der kommenden Verschöfchterung der Verhältnisse auf dem Realcreditmarkt und der vorgesehenen Steigerung der Daweslasten seien neue soziale Lasten, die sich aus der Erhöhung der Beiträge für Invalidenversicherung ergeben, eine Unmöglichkeit. In der Sitzung wurde des weiteren über die Arbeitslosenversicherung ausgiebig gesprochen. Nach dem Bericht der Tekunien wurde von den Arbeitgebern die Forderung erhoben, die Beiträge für die Erwerbslosenföhrung herabzusetzen. Als Begründung für diese Maßnahme wurde von den Scharfmachern das Zurückgehen der Arbeitslosenziffern und der angebliche Mißbrauch der Erwerbslosenunterstützung angeführt.

Die Tagung der sächsischen Industriellen zeigt, daß sie mit den Ergebnissen der reaktionären Verschöfchterungen der Sozialpolitik noch immer nicht zufrieden sind. Auch die sächlichen Schranken einer willkürlichen Ausbeutung der Arbeiter und Hemmnisse in der Freiwilligkeit sozialer Anecdung sollen fallen. Die Bürgerblockregierung im Reich und in Sachsen wird für die Lage der „notleidenden“ industriellen Scharfmacher bestimmt das notwendige Interesse aufbringen. Das bisherige Ergebnis der Bürgerblockregierung im Reich und in Sachsen rechtserfüllt diese Erwartungen. Die sächsische Arbeiterchaft hat alle Beratungen, diesen Plänen der Industriellen höchste Beachtung zu schenken und entsprechende Abwehrmaßnahmen in den Gewerkschaftsorganisationen zu treffen.

Die sächsische Regierungsbildung

Wie von bürgerlicher Seite mitgeteilt wird, hat der Ministerpräsident Heldt seine Regierung noch nicht gebildet. Die Anhänger von Dr. Wilhelm in der Wirtschaftspartei ströuben sich dagegen, daß Dr. Wilhelm von seiner Stellung verschwinden soll. Hingzu kommt, daß die Deutschnationalen für sich auch beim Wirtschaftsministerium, das stellvertretende Ministerpräsidenten verlangen. Bisher war stellvertretender Präsident der Innenminister. Das Innenministerium ist von den Demokraten besetzt. Diese wollen jetzt auch nicht auf die Würde verzichten. Der Dresdner Anzeiger mahnt die Demokraten doch nicht eine neue Krise werden zu lassen. Die Nachrichten fordern, daß der stärksten Partei dann auch die Stellvertretung des Ministerpräsidenten zufalle.

Der Kampf gegen das Antistreifgesetz in England

London, 28. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

In allen größeren Städten Englands fanden am Sonntag Massenversammlungen gegen das Antistreifgesetz statt. Selbst bürgerliche Berichterstatter geben zu, daß diese Versammlungen die größten waren, die man in England je erlebt habe. Besonders imponant war der Aufmarsch der Arbeitermassen in London. Im HydePark fand eine Kundendemonstration statt. Zahlreiche Redner der Gewerkschaft und Arbeiterpartei, die die Massen zum Kampf gegen das Antistreifgesetz aufforderten, u. a. auch Cook und der Vorsitzende des Generalrates und insbesondere zahlreiche Führer der kommunistischen Partei traten als Redner auf. Das prooostierende Auftreten der Polizei führte an verschiedenen Stellen zu kleineren Zusammenstößen. Im allgemeinen war der Verlauf der Kundgebung ohne ernste Zwischenfälle.